

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen führte die 36. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 17.05.2018 in Kremen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Reckin, Detlef	Vorsitzender
Busse, Sebastian	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied
Falkenberg, Fritz	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied
Ganschow, Margareta	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Glanzer, Helmut	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied

b) abwesend

Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Arens, Jörg	Mitglied

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Herr Bröker, Frau Tamms,

d) Gäste

Herr Dr. Grimm	Rechtsanwalt der Dombert Rechtsanwälte Potsdam
Herr Lux	Geschäftsleiter des Zweckverbandes Kremen

e) Presse

OGA, MAZ

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom 04.05.2018 auf **Donnerstag, den 17.05.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 22.03.2018 und vom 03.05.2018
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschluss: Berufung als sachkundiger Einwohner im Kultur- und Sozialausschuss
Beschlussvorlage - 01-30-2018
7. Beratung und Beschluss: Der Beschluss zur Tagesordnung Nr. 4 - Informationen des Bürgermeisters - der 34. Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 wird beanstandet. Der Beschluss "Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, die Sporthalle nicht unverzüglich gesperrt zu haben." vom 22.03.2018 wird aufgehoben.
Beschlussvorlage - 01-29-2018
8. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften der nichtöffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 22.03.2018 und 03.05.2018
2. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Energetische Sanierung Seitenflügel Kita Sommerfeld - Los 4, Dachdeckungs- und Klempnerarbeiten" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-05-2018
Beschlussvorlage - 01-31-2018
3. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Stadt Kremmen - Straßenreparaturarbeiten 2018" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-01-2018
Beschlussvorlage - 01-32-2018
4. Beratung und Beschluss: Vergabe von juristischen Beratungsleistungen für die EU-weite Ausschreibung der Planungsleistungen für die Erweiterung des Schulkomplexes der Goethe-Schule und für den Neubau des Feuerwehrgebäudes Kremmen
Beschlussvorlage - 01-33-2018
5. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tages- ordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse Stadtverordnetenversammlung am 17.05.2018	Abstimmungs ergebnis		
		Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Eröffnung der Sitzung</p> <p>Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet am Donnerstag, dem 17.05.2018 um 19:01 Uhr die Stadtverordnetenversammlung. Er begrüßt die Mitglieder, die Bürger, die Gäste, die Pressevertreter und die Mitarbeiter der Verwaltung.</p> <p>Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 15 anwesend. Entschuldigt fehlen Herr Voigts und Herr Kretzschmar.</p>			
2.	<p>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 22.03.2018 und vom 03.05.2018</p> <p>Herr Koop meldet sich zu Wort und bezieht sich auf den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung vom 22.03.2018. Er bezieht sich auf Seite 5 TOP 5 (Einwohnerfragestunde). Hier habe Herr Busse gesagt, "...Kinder nutzten die Halle nicht." Diese Aussage ist falsch. Es nutzte eine Gruppe die Halle, der auch Kinder angehörten.</p> <p>Außerdem sei es nicht richtig, dass der Bürgermeister die Halle gesperrt hat, es war die Rektorin Frau Borchert. Das Hinweisschild gebe es noch. Diese Aussage war auch falsch. Er bittet um eine Antwort bzw. möchte er informiert werden. Herr Busse erklärt, die Aussage ..."Kinder nutzten die Halle nicht" in "Schulsport wurde in der Halle nicht durchgeführt" ändern zu wollen. Zudem weist er darauf hin, dass Frau Borchert als Rektorin die Halle nicht sperren kann. Mit Frau Borchert habe er mehrere Gespräche geführt. Der Belegungsplan wurde geprüft, der gesamte Schulsport wurde in die Stadtparkhalle verlegt. Ab dem 18.03.2017 hing der Hinweis aus, gesperrt hatte der Bürgermeister. Das Schild sagte jedoch etwas anderes aus, sagt Herr Koop.</p> <p>Weiterhin bezieht sich Herr Koop auf Seite 13 TOP 17 (Beratung und Empfehlung: Aktualisierung des Online-Kartenmaterials auf kremmen.de). Hier eine formelle Änderung, Im Satz "Besonders weist Herr Koop darauf hin, auch keine Firmenadressen weiterzugeben". Hier ist das Wort "Firmenadressen" in "Firmendaten" zu verändern.</p> <p>Ferner weist Herr Koop auf Seite 14 TOP 18 (Anfragen und</p>			

	<p>Informationen der Abgeordneten) hin. Im zweiten Absatz stellte er Fragen zum Datenschutzbeauftragten der Verwaltung. Herr Busse erklärte, dass Frau Haak diese Funktion zurzeit inne habe. Herr Koop verwies daraufhin auf einen möglichen Interessenkonflikt. Die Zusage, dass Herr Busse dies prüfen werde, fehle in der Niederschrift.</p> <p>Herr Busse bedankt sich für den Hinweis und bittet Frau Haak um Erläuterung. Sie erklärt, dass auch der Leiter eines kommunalen Hauptamtes zum Datenschutzbeauftragten bestellt werden könne. Mitarbeiter, die eigenverantwortlich über die Einstellung, Einstufung, Beförderung oder Entlassung von Bediensteten entscheiden, können nicht zum behördlichen Datenschutzbeauftragten bestellt werden. Diese Zuständigkeiten würden beim Bürgermeister liegen. Es ist auch darauf zu achten, dass Datenschutzbeauftragte nicht gegenüber solchen Organisationseinheiten weisungsbefugt ist, die Hauptadressaten der datenschutzrechtlichen Kontrolle sind, wie z.B. die Systembetreuung. Dies sei auch nicht der Fall, da der EDV-Bereich direkt dem Bürgermeister unterstellt sei.</p> <p>Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, werden der öffentliche Teil der Niederschrift vom 22.03.2018 mit den Hinweisen und Änderungen von Herrn Koop und der öffentliche Teil der Niederschrift vom 03.05.2018 ohne weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche bestätigt.</p>			
3.	<p>Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Änderungsanträge zur Tagesordnung sind nicht zu verzeichnen, somit wird gemäß vorliegender Tagesordnung weiter verfahren.</p>			
4.	<p>Informationen des Bürgermeisters</p> <p>Der Bürgermeister hat zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Stefan Lux, Geschäftsleiter des Zweckverbandes Kremmen, und Herrn Dr. Benjamin Grimm, Rechtsanwalt der Dombert Rechtsanwälte Potsdam. Herr Lux wird über aktuelle Themen aus dem Zweckverband berichten und Herr Dr. Grimm wird allgemeine Erläuterungen zu Vergabeverfahren für EU-weite Ausschreibungen geben. Da die Vergabe von juristischen Beratungsleistungen auf der Tagesordnung steht, wird sich Herr Dr. Grimm im nichtöffentlichen Teil außerhalb des Sitzungsraumes aufhalten, um für evtl. Fragen zur Verfügung zu stehen.</p> <p>Anschließend berichtet Herr Lux anhand einer Power-Point-Präsentation über die Arbeit des Zweckverbandes Kremmen und beantwortet die Fragen der Abgeordneten. (Die Power-Point-Präsentation liegt in der Anlage bei.)</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Bommert, so dass 16 Mitglieder</p>			

	<p>der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Anschließend erhält Herr Dr. Grimm das Wort. Er stellt sich zunächst vor und erläutert auch anhand einer Power-Point-Präsentation die rechtlichen Rahmenbedingungen. Besonders weist er darauf hin, dass für die Planungsleistungen zur Erweiterung der Goethe-Schule und zum Neubau des Feuerwehrgebäudes der Schwellenwert für die EU-weite Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen überschritten wird. Weiterhin geht er auf die Pflicht zur Losbildung ein und erläutert den Ablauf des Vergabeverfahrens. Es werde ein entsprechendes Vergabekonzept geben, wobei die Stadtverordnetenversammlung die Weichenstellung übernimmt. Die Zuschlagserteilung erfolgt dann durch die Stadtverordnetenversammlung. Ziel ist es, noch in diesem Jahr die Planer zu binden, dann folgen die Planungsphase und die Vergabe. Bis zum Abschluss der Bauvorhaben werden ca. 2 - 3 Jahre vergehen.</p> <p>Anschließend bedankt sich Herr Busse sowohl bei Herrn Lux und auch bei Herrn Dr. Grimm für die Ausführungen und auch bei den Abgeordneten, dass sie die Vorträge zugelassen haben. Sein Wunsch sei es, eine Entscheidung der Abgeordneten über die Vergabe von juristischen Beratungsleistungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung herbeizuführen. Weitere Erläuterungen werde er unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung geben.</p>			
5.	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Frau Heidi Sommer meldet sich zu Wort. Zunächst gibt sie bekannt, dass die Sitzung des Sportbeirates am 30.05.2018 um 19:15 Uhr beginnt.</p> <p>Weiterhin bezieht sich Frau Sommer auf die Stadtverordnetenversammlung vom 22.03.2018. Hier habe sie mehrere Fragen zur verspäteten Schließung Turnhalle gestellt und Herr Reckin hat die schriftliche Beantwortung zugesagt. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung. Hier steht u.a.: "Kann eine Frage in der Sitzung nicht mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort an den Fragenden vorzunehmen."</p> <p>Es folgt eine lebhafte Diskussion.</p> <p>U.a. weist Herr Busse darauf hin, dass Frau Sommer die Fragen an die Abgeordneten stellte. Frau Sommer betont nochmals, dass Herr Reckin eine schriftliche Beantwortung zusagte. Herr Koop meint, dass die Tonbandaufzeichnungen abgehört werden</p>			

	<p>könnten. Herr Bommert verweist noch einmal auf seine Aussage in der damaligen Sitzung, dass kein Abgeordneter seine Meinung kundtun müsse. Hat kein Abgeordneter eine Meinung in der Verwaltung vorgelegt, könne auch keine schriftliche Antwort erfolgen. Nach Abschluss aller Wortmeldungen nimmt Frau Sommer zur Kenntnis, dass sie keine Antworten von den Abgeordneten bekommt und auch keine schriftliche Beantwortung, wie von Herrn Reckin zugesagt, erfolgt.</p> <p>In Kremen gebe es mehrere große geplante Projekte, wie z.B. Kita-Anbau, Feuerwehrneubau, Erweiterung des Schulkomplexes und Klubhaus Kremen, sagt Frau Sommer. Zudem stehen auch noch in naher Zukunft Baumaßnahmen in den Flüchtlingsunterkünften an. Welche Prioritäten setzen die Stadtverordneten? Welche Reihenfolge ist vorgesehen? Wie viel finanzielle Mittel werden geplant und in welchem Zeitraum sind die Maßnahmen vorgesehen? Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass es freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben gebe. Sie stelle sich vor, zunächst die Pflichtaufgaben und dann die freiwilligen Aufgaben zu übernehmen. Zudem müssen die Fördermöglichkeiten berücksichtigt werden. Es gebe einen Investitionsstau, der abuarbeiten ist. Die Fragen jetzt zu beantworten, sei schwierig. Sie könne sich vorstellen, dass diese Thematik als Tagesordnungspunkt für die nächste Finanzausschusssitzung vorzusehen. Auch in den anderen Ausschüssen sollte die Beratung erfolgen. Herr Bommert meint, wenn heute die Vergaben zur Erweiterung des Schulkomplexes und für den Feuerwehrneubau erfolgt, seien das die Prioritäten 1 und 2. Die Abgeordneten würden in den wenigsten Fällen die Prioritäten festlegen. Diese Fragen sollten nicht in der Einwohnerfragestunde der SVV gestellt werden, bittet Herr Busse. Sie sollten sich jeweils auf die Tagesordnungspunkte beziehen. Fest stehe, dass die Erweiterung des Schulkomplexes erste Priorität habe. Die Fragen sollten doch dem Bürger überlassen werden, meint Frau Sommer und fragt, wie viel finanzielle Mittel der Stadt zur Verfügung stehen würden. Diese Frage sollte an den Finanzausschuss gerichtet werden, erklärt Herr Reckin. Es sei nicht so, dass jeder Abgeordnete alles weiß.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin die Einwohnerfragestunde.</p>			
6.	<p>Beratung und Beschluss: Berufung als sachkundiger Einwohner im Kultur- und Sozialausschuss Beschlussvorlage - 01-30-2018 Herr Reckin begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Frank Weisig. Nachdem sich Herr Weisig kurz vorgestellt hat</p>			

	<p>und keine Fragen gestellt werden, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf Herrn Frank Weisig als sachkundigen Einwohner in den Kultur- und Sozialausschuss."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: laut Vorschlag</p>	13	0	3
7.	<p>Beratung und Beschluss: Der Beschluss zur Tagesordnung Nr. 4 - Informationen des Bürgermeisters - der 34. Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 wird beanstandet. Der Beschluss "Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, die Sporthalle nicht unverzüglich gesperrt zu haben." vom 22.03.2018 wird aufgehoben.</p> <p>Beschlussvorlage - 01-29-2018</p> <p>Zu Beginn des Tagesordnungspunktes zeigt Herr Busse sein Mitwirkungsverbot gemäß § 22 BbgKVerf an, verlässt den Sitzungstisch und nimmt in den Besucherreihen Platz.</p> <p>Herr Brunner konnte an der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 nicht teilnehmen. Er erklärt seinen Unmut darüber, dass stets Gutachter hinzugezogen werden. Es müsse immer Gutachten geben, es könne nichts alleine entschieden werden.</p> <p>Anschließend meldet sich Herr Tietz zu Wort. Er habe seinerzeit gemeinsam mit Herrn Voigts den Antrag eingebracht. Sowohl Herr Voigts als auch er seien dafür, dass die Missbilligung des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit bestehen bleiben soll. Wird der Beschluss gefasst, gebe es die Missbilligung nicht mehr. Daher haben Malte Voigts und er einen neuen Antrag formuliert und er bittet, diesen Änderungsantrag aufzunehmen. Der Änderungsantrag wird von Herrn Tietz verlesen und lautet: " Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung Kremmen missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, nach Kenntnis des Gutachtens der Ingenieurgesellschaft die Turnhalle ab 22.12.2017 nicht gesondert gesperrt bzw. die Bereiche, für die Gefahren für Leib und Leben angezeigt wurden, gesondert gesichert zu haben. Das ist ein erstes Versäumnis. Wir gehen davon aus, dass er die genannten Schlussfolgerungen umsetzt und erwarten von ihm, dass er sich bei wichtigen Entscheidungen in der Verwaltung mit den Abgeordneten konsultiert."</p> <p>Herr Brunner ist verwundert, dass Herr Busse nur im Zuschauerraum Platz nimmt. Er war vor einiger Zeit vom Mitwirkungsverbot betroffen und musste den Sitzungssaal verlassen, obwohl der TOP im öffentlichen Teil behandelt wurde. Der Vorsitzende erklärt, dass dies dann ein Versehen</p>			

	<p>war.</p> <p>Frau Haak erhält das Wort und begründet die Beanstandung des Beschlusses. Es wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 ein Beschluss gefasst, der nicht auf der Tagesordnung stand. Gemäß § 35 Abs. 2 BbgKVerf kann die Tagesordnung in der Sitzung nur durch Beschluss erweitert werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet. Darüber hinaus hätte Herr Busse sein Mitwirkungsverbot anzeigen müssen. Da Herr Busse in der eigenen Angelegenheit nicht tätig werden darf und dem Mitwirkungsverbot unterliegt, habe sie den Beschluss als stellv. Bürgermeisterin beanstandet. Herr Reckin weist zudem darauf hin, dass die Kommunalaufsicht die Aufhebung des Beschlusses empfohlen habe.</p> <p>Herr Reckin weist auf den Antrag der Herren Tietz und Voigts hin, über den abgestimmt werden müsse.</p> <p>Es folgt eine umfangreiche Diskussion. U.a. fragt Frau Dr. Gebauer, was jetzt konkret gemacht werde. Herr Tietz meint, dass über beide Beschlussanträge abzustimmen sei. Herr Koop fragt, ob dies überhaupt möglich sei, einen Aufhebungsbeschluss mit einem Änderungsantrag zu versehen. Der Beschlussantrag sei ein "unter dem Teppich kehren". Die Formulierung "Wir gehen davon aus, dass die genannten Schlussfolgerungen umgesetzt..." nenne er vorausschauend. Herr Mittelstädt weist darauf hin, dass der Beschluss beanstandet wurde, weil er nicht auf der Tagesordnung stand. Nun solle erneut über etwas abgestimmt werden, das ebenfalls nicht auf der Tagesordnung steht. Er schlägt vor, über den Beschluss zur Beanstandung abzustimmen und in der kommenden Sitzung über die Missbilligung. Diesem Vorschlag schließt sich Herr Winkler an. Herr Tietz ist jedoch nicht willens, das Thema noch einmal in eine neue Sitzung zu tragen. Er habe im Vorfeld auch mit der Kommunalaufsicht gesprochen. Frau Haak bestätigt, dass diese Verfahrensweise mit der Kommunalaufsicht abgestimmt war.</p> <p>Ist es rechtlich nicht zulässig, werde die Thematik automatisch wieder auf der Tagesordnung sein, sagt Herr Koop. Er habe hierzu eine andere Rechtsauffassung. Er verweist noch auf die Aussage des Bürgermeisters in der vergangenen Sitzung, dass ca. 1 T€ für diese Sitzung an Aufwand erforderlich waren.</p> <p>Herr Reckin bittet um Abstimmung über den von Herrn Tietz und Herrn Voigts gestellten Änderungsantrag.</p>			
--	---	--	--	--

	<p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 6</p> <p>Damit ist der Antrag abgelehnt.</p> <p>Anschließend folgt die namentliche Abstimmung über den Beanstandungsbeschluss.</p> <p>Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt, den Beschluss zur TOP 4: "Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, nach Kenntnis des Gutachtens der Ingenieurgesellschaft, die Turnhalle ab 22.12.2017 nicht sofort gesperrt bzw. die Bereiche, für die Gefahren für Leib und Leben angezeigt wurden, gesondert gesichert zu haben. Das ist ein ernstes Versäumnis. Wir gehen davon aus, dass er die genannten Schlussfolgerungen umsetzt und erwarten von ihm, dass er sich bei wichtigen Entscheidungen in der Verwaltung auch mit Abgeordneten konsultiert. Wir schlagen den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vor, hier über diesen Antrag abzustimmen und eine Diskussion zu der Sache im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu führen." vom 22.03.2018 aufzuheben."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: Abstimmung: laut Vorschlag Herr Busse hat sich gem. § 22 BbgKVerf von der Mitwirkung ausgeschlossen.</p>	2	2	11
	<u>Namentliche Abstimmung</u>			
	Förster, Arthur			X
	Reckin, Detlef			X
	Koop, Eckhard	X		
	Oertel, Helfred		X	
	Mittelstädt, Gerhard			X
	Falkenberg, Fritz			X
	Kurth, Jürgen			X
	Tietz, Reiner		X	
	Winkler, Peter			X
	Fritz, Uwe			X
	Ganschow, Margareta			X
	Dr. Gebauer, Stefanie			X
	Glanzer, Helmut			X
	Brunner, Christoph	X		
	Bommert, Frank			X
8.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten Herr Busse nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.</p> <p>Frau Dr. Gebauer fragt nach dem Stand des Projektes "Energiesparmodelle an Schulen, Kitas und dem Jugendklub", das im Januar im Hauptausschuss vorgestellt wurde. Die Projektidee sei vorerst zurückgestellt, erklärt Herr Busse. Die Abarbeitung des Energiekonzeptes habe Vorrang.</p> <p>Herr Brunner bezieht sich nochmal auf die Turnhalle. Im nicht öffentlichen Teil soll schon über eine Vergabe entschieden werden. Wer hat über den Neubau entschieden und woher</p>			

	<p>stammen die Kosten? Herr Busse erklärt, dass die Maße und Ansprüche des Turnraumes von der Schule mitgeteilt wurden, die Preise wurden daraufhin kalkuliert. Es seien geschätzte Kosten. In der Hauptausschusssitzung vom 15.03.2018 wurde der Neubau empfohlen und dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, einen Schulkomplex zu errichten. Damit würden wir auch unseren Schulstandort stärken.</p> <p>Herr Fritz spricht den langen Zeitraum an, den der Neubau brauchen werde. Der Bau würde bestimmt drei Jahre in Anspruch nehmen. Am Ende werden die Stadtverordneten immer wieder in die Ecke gedrückt.</p> <p>Innerhalb von 6 Monaten wurde die Asylbewerberwohnanlage im landwirtschaftlichen Außenbereich errichtet. Wenn wir jetzt was für die Kinder und für die Feuerwehr machen wollen, werden wir das nicht hinbekommen. Die damaligen Vorschriften waren nur von kurzer Dauer, erklärt Herr Reckin.</p> <p>Herr Bommert weist darauf hin, dass es seinerzeit Sondergenehmigungen gab. Hätte die Stadtverordnetenversammlung nicht den voreiliegen Weg bestritten, würde aufgrund der Zahlen in Kremmen nichts stehen. Die Bauten, die durch den Landkreis errichtet wurden, seien auch von anderer Qualität.</p> <p>Herr Koop habe in der Presse gelesen, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel der Ansicht sei, Vergaben im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln. Einzelne Angaben dürfen in den Vorlagen nicht enthalten sein. Herr Busse sagt die Prüfung zu.</p> <p><u>Anmerkung der Verwaltung:</u> <i>Die Klärung des Hinweises erfolgt bis zur Sitzung.</i></p> <p>Frau Dr. Gebauer fragt nach dem Einvernehmen des Landkreises zur Kita-Satzung. Die Einholung des Einvernehmens erfolge erst nach der Beschlussfassung, berichtet Frau Haak. Und Herr Busse sagt zu, die Satzung zur nächsten SVV einzubringen. Es seien nur noch kleine formelle Änderungen erforderlich.</p> <p>Herr Glanzer möchte die Friedhofsverwaltung beauftragen, die Friedhofssatzung durchzusetzen. Auf dem Staffelder Friedhof würden Koniferen stehen, die 3 m und höher sein, lt. Satzung sei eine Höhe von 1,50 m erlaubt. Die großen Koniferen würden die anderen Gräber beeinträchtigen.</p> <p><u>Anmerkungen der Verwaltung:</u> <i>Die Ausführungen von Frau Bernthäusl, Standesbeamtin/SB Friedhofsverwaltung, liegen in der Anlage bei.</i></p>			
--	--	--	--	--

	<p>Herr Fritz erfragt den Sachstand über den Wasserschaden am Haus der Wohnanlage. Die Wasserschäden sind innerhalb von 14 Tagen renoviert und saniert wurden. Da nachweislich Baumängel festgestellt wurden, werden die anderen Häuser bis Ende Mai 2018 renoviert. Der Stadt würden hier keine Kosten entstehen.</p> <p>Außerdem fragt Herr Fritz, ob es neue Informationen zum Brandanschlag-Gerichtsverfahren gebe. Aus der Presse war zu erfahren, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei, berichtet Herr Busse.</p> <p>Der Fraktionsvorsitzende Herr Tietz schlägt vor, auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Investitionen in der Stadt, wie Erweiterung des Schulkomplexes, Neubau Feuerwehr, Erweiterung Kita Kremmen und Klubhaus, zu beraten. Herr Bommert regt zunächst zur Aufbereitung der Themen eine Bau- und Wirtschaftsausschusssitzung an. Daraufhin schlägt Frau Dr. Gebauer eine gemeinsame Sitzung des Bau- und Wirtschaftsausschusses und des Finanzausschusses vor. Die Abgeordneten begrüßen diesen Vorschlag sehr.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:44 Uhr.</p>			
--	---	--	--	--

Bericht über die Arbeit des Zweckverbandes Kremmen

Allgemeine Informationen

-  Fördermittelantrag Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Abwasserbehandlung“

Ziel: Analyse der Energieeinsparpotenziale im Rahmen der Abwasserbehandlung und Klärschlammmentsorgung

- Förderprogramm des Bundesministerium für Umwelt zur Erarbeitung von Klimaschutzteilkonzepten
- Antrag zum 31. März 2018 gestellt; Entscheidung wird Juli/August erwartet; Ausschreibung und Vergabe;
- Ergebnisse liegen ca. Ende 2. Halbjahr 2019 vor



□ Allgemeine Informationen

○ Verrechnung der Abwasserabgabe

Für die Einleitung des gereinigten Schmutzwassers in die Vorflut hat der ZV jährlich eine Abwasserabgabe in Höhe von rd. 24.000 € an das Land Brandenburg zu zahlen.

- Schmutzwasser-Erschließung Mittelweg, Amalienfelde, im Jahr 2017
- Gewährung der Verrechnung bzw. Erstattung der Abwasserabgabe für die Jahre 2014 bis 2017 durch das Land Brandenburg von rd. 73.600 €.



□ Allgemeine Informationen

● Durchführung von Instandhaltungsarbeiten am Belebungsbecken 1

Im Zeitraum vom 16. April bis 23. April 2018 wurden Instandhaltungsarbeiten am Belebungsbecken 1 durchgeführt.

In den Belebungsbecken sind sogenannte „Belüfterkerzen“ verbaut. Über diese Belüfterkerzen wird Sauerstoff in die Becken eingetragen, um den biologischen Abbauprozess „zu beleben“. In dem Becken sind rd. 500 Meter „Belüfterkerzen“ verlegt. Diese wurden mit Unterstützung von jeweils 2 zusätzlichen Mitarbeitern des Wirtschaftshofes der Stadt Kremmen und des Bauhofes der Gemeinde Oberkrämer neu verlegt.

Diese Arbeiten sind in regelmäßigen Abständen (5 – 6 Jahren je Becken) zu verrichten.

□ Allgemeine Informationen

➤ Durchführung von Instandhaltungsarbeiten am Belebungsbecken 1



Allgemeine Informationen

Durchführung von Instandhaltungsarbeiten am Belebungsbecken 1



Allgemeine Informationen

Durchführung von Instandhaltungsarbeiten am Beleungsbecken 1



□ Allgemeine Informationen

➤ Durchführung von Instandhaltungsarbeiten am Belebungsbecken 1



Wir danken den Mitarbeitern des
Wirtschaftshofes der Stadt Kremmen
sowie
des Bauhofes der Gemeinde Oberkrämer
für die tatkräftige Unterstützung!

□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

➤ Beschluss der VV vom 19. September 2016 zur Prüfung PV-Anlage

Auftrag zur Erarbeitung der Machbarkeitsstudie erteilt am 08. Februar 2018 an tetra-Ingenieure GmbH, Neuruppin



Ergebnis:

- a) Errichtung einer Freiflächenanlage ist möglich
- b) Anteil Solarstrom am Gesamtverbrauch zw. 9 und 13 %
- c) Amortisationszeitraum 16 – 17 Jahre



Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

Beschluss der VV vom 07. Mai 2018

-  Auftragsvergabe – Herausgabe Einwohnerpublikation
Information an alle Haushalte; ab 2019 pro Jahr 2 Ausgaben
-  Auftragsvergabe – Sanierung Schacht HPW Sommerfeld
Ausführungszeitraum 24. und 25. Kalenderwoche
Überpumpbetrieb notwendig



□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

☉ Auswertung „Mobile Entsorgung“ 2017

Bezeichnung	Ausgangswerte 2015	Ist per 31.12.2017	
Anzahl der Gruben	942	912	-3,2 %
davon Gärten	230	222	-3,5 %
Anzahl der Gruben mit Stützen	683	714	+4,5 %
Anzahl der Gruben ohne Stützen	279	198	-29,0 %
Entsorgungsmenge	36.700 m ³	40.800 m ³	+11,2 %

☐ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

☐ Auswertung „Mobile Entsorgung“ 2017

**Im Verbandsgebiet bestehen insgesamt:
912 abflusslose Sammelgruben
51 Kleinkläranlagen**

(Stand 31. Dezember 2017)

**Im Stadtgebiet bestehen insgesamt:
522 abflusslose Sammelgruben
23 Kleinkläranlagen**

(Stand 31. Dezember 2017)



□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

● Auswertung „Mobile Entsorgung“ 2017

Nach Ortsteilen	Anzahl Ortsteil	mit Stutzen	ohne Stutzen	Gärten mit Stutzen	Gärten ohne Stutzen
Kremmen	198	154	44	76	34
Kremmen/Beetz	26	20	6	1	3
Kremmen/Flatow	13	6	7	1	1
Kremmen/Groß-Ziethen	7	7	0	1	0
Kremmen/Hohenbruch	80	65	15	9	1
Kremmen/Linumhorst	21	17	4	1	1
Kremmen/Sommerfeld	96	69	27	17	5
Kremmen/Staffelde	25	20	5	0	0
Kremmen/Beetz-Ludwigsau	56	49	7	5	0

□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

○ Auswertung „Mobile Entsorgung“ 2017

Bezeichnung		
Durchschnittliche gefahren Touren je LKW	1.702	
Durchgeführte Grubenentleerungen (Entsorgungen)	10.790	
Entsorgte Schmutzwassermenge (m ³)	40.832	
Fäkalannahmestation KA Kremmen	30.417	74,5 %
Fäkalannahmestation HPW Sommerfeld	10.415	25,5 %



□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

○ Themen der nächsten Verbandsversammlung

- Entscheidungen über die Umsetzung der Invest-Maßnahmen 2018 und Vorbereitung der Beschlussfassung über künftige Invest-Maßnahmen
 - ↳ 2. Abwasserdruckleitung Vehlefanx zur Kläranlage
 - ↳ Abwasserdruckleitung und Ortsentwässerung Ludwigsau
- Grundsätze für die Investitionsplanungen
 - ↳ u.a. Umgang mit Druckentwässerungsanlagen und Hauspumpwerken

Bericht aus der Sitzung der **Verbandsversammlung** am **07. Mai 2018**

Klärschlamm Entsorgung

- Klärschlamm (KS) ist der bei den kommunalen Aufgabenträgern der Schmutzwasserbeseitigung maßgeblich anfallende Abfall
- KS ist ein in Bezug auf seine Verwertungsmöglichkeiten anspruchs-
voller Abfall – in positiver wie in negativer Hinsicht
 - ↳ Inhaltsstoffe bei stofflicher Verwertung tlw. Problematisch für Boden / Gewässer / Mensch über Nahrungsmittelkreislauf
 - ↳ ca. 65.000 t Phosphor im KS jährlich bundesweit enthalten (von EU als kritischer Rohstoff eingestuft)
- 2017 war das Jahr der KS-Rechtsänderungen – DüMV, AbfKlärV
- Kommunale Aufgabenträger sind pflichtige Abfallerzeuger

Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

Klärschlamm Entsorgung

- § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz – Ewigkeitsklausel
 - ↳ „Die zur Verwertung und Beseitigung Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen. Ihre Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon unberührt und solange bestehen, bis die Entsorgung endgültig und ordnungsgemäß abgeschlossen ist. Die beauftragten Dritten müssen über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügen.“

Der Klärschlamm Entsorger trägt bis zum tatsächlichen Erfolg der Entsorgungsmaßnahme ordnungsrechtlich das (wirtschaftliche) Risiko eines Fehlschlagens einer Leistungserbringung durch seinerseits beauftragte Entsorgungsdienstleister.



Bericht aus der Sitzung der **Verbandsversammlung** am **07. Mai 2018**

Klärschlamm Entsorgung

- Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen vom 26. Mai 2017
 - ↳ wesentliche Folgen der Neuregelungen:
 - ❖ Verringerung der Flächen, auf denen KS ausgebracht werden kann
 - ❖ Auf einzelnen Flächen kann weniger KS aufgebracht werden
 - ❖ in Folge erhöhte Konkurrenz durch Verknappung der Verwertungsflächen
 - ❖ Erhöhter Untersuchungsumfang und –häufigkeit
 - ❖ Untersuchungs- und Berichtspflicht für alle KS-Erzeuger



Bericht aus der Sitzung der **Verbandsversammlung am 07. Mai 2018**

Klärschlammentsorgung

- In Brandenburg beträgt der Anteil der stofflichen Verwertung rd. 30 %; davon rd. 17 % = landwirtschaftliche Verwertung
- KS-Aufkommen in Brandenburg rd. 80.000 Tonnen Trockensubstanz (TS)
- KS-Aufkommen beim ZVK:
 - ↳ Sammlung des Flüssigschlammes im Stapelbehälter (1.600 m³)
 - ↳ Stapelbehälter wird ca. 3 – 4 im Jahr entleert durch KS-Pressen
 - ❖ KS nach Pressen rd. 20 % TS
 - ❖ KS rd. 150 - 200 Tonnen TS im Jahr
 - ❖ KS rd. 800 bis 1.000 Tonnen TS_{20%}
 - ❖ Kapazität der Lagerfläche (650 m²) rd. 1.000 m³ = 750 Tonnen TS_{20%}

Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

Klärschlammentsorgung





□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

☞ Klärschlamm Entsorgung – Wie geht es weiter?

Benötigt werden wiederkehrend kurzfristige Lösungen sowie ein Konzept für eine langfristige Entsorgungssicherheit!

- Suche von landwirtschaftlichen Flächen
- Suche von Lagerkapazitäten ?
- Untersuchung von technischen Möglichkeiten zur KS-Reduzierung
- Sondierung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Verbänden; ggfs. zum gemeinsamen Bau von Monoverbrennungsanlagen



□ Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung am 07. Mai 2018

● Klärschlamm entsorgung – Wie geht es weiter?

Sicher dürfte sein:

Die landwirtschaftliche Verwertung des KS wird kurz- bis mittelfristig nicht mehr möglich sein!

**Die KS-Verwertung wird künftig deutlich teuer werden;
bereits heute liegen die Verbrennungskosten bei dem 3 bis 4-
fachen gegenüber der landwirtschaftlichen Verwertung.**



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Durchsetzung der Friedhofssatzung hinsichtlich überdimensionalen Bewuchses

Anfrage Herr Glanzer auf der SVV

Gemäß § 26 Abs. 8 der Friedhofssatzung der Stadt Kremmen ist die Höhe der Bäume auf Grabstätten auf 1,20 und die der Hecken auf 0,40 m sein begrenzt.

Bestehende Bepflanzung genießt Bestandsschutz.

Die Friedhofssatzung ist am 03.09.2013 in Kraft getreten.

Kontrollen finden regelmäßig einmal im Frühjahr und einmal im Herbst statt.

Hinsichtlich vernachlässigter Gräber, Gräber ohne Grabstein und überdimensionalen Bewuchses werden bei Feststellungen die entsprechenden Nutzungsberechtigten angeschrieben und unter Fristsetzung aufgefordert hier Abhilfe zu schaffen.

Bei überdimensionalem Bewuchs wird bei Grabstätten, die bereits unter den Bestandsschutz fallen, der Nutzungsberechtigte dann angeschrieben, wenn von dem Bewuchs eine Gefahr ausgeht, dieser bereits abgestorben ist oder Nachbargräber beeinträchtigt werden.

Auf dem Friedhof in Staffelde befinden sich zur Zeit drei Gräber mit überdimensionalen Bewuchs, die unter den Bestandsschutz fallen. Die Nutzungsberechtigten der benachbarten Grabstätten haben sich bisher noch nicht über eine Beeinträchtigung beklagt.

Bei einer Grabstätte ist der Bewuchs inzwischen über die zugelassene Höhe von 1,20 m gewachsen. Dieser Nutzungsberechtigte wurde aufgefordert, diesen Bewuchs außerhalb der Vegetationsphase bis zum Ende des Jahres zu stutzen.

Bei einer anderen Grabstätte beeinträchtigt eine überdimensionale Koniferen einer bereits vom Wirtschaftshof geräumten Grabstätte die benachbarte Grabstätte. Der Nutzungsberechtigte hat sich bereits an die Friedhofsverwaltung gewandt. Ihm wurde telefonisch mitgeteilt, dass diese Konifere im Herbst (außerhalb der Vegetationsphase) geräumt wird.

Kremmen, den 12.06.2018



Doris Bernthäusl

